



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

hundert aus der letzten Hälfte des vorhergehenden übernahm und zu ganz besonderer Ausdehnung und Intensivität entwickelte — über die Rolle nämlich, welche der sogenannte Pennalismus in dem Treiben der Studentenschaft spielte. Darüber im folgenden Capitel, welches die Reihe dieser Aufsätze beschließen soll.

Die politische Lage.

Die vergangene Woche wird wahrscheinlich in der Zukunft als die entscheidende Woche in der großen Streitfrage: ob Krieg, ob Frieden? betrachtet werden; sie hat die diplomatische Stellung Preußens völlig geändert. Oestreich hat Schlag auf Schlag drei diplomatische Fehler gemacht: die Verweisung der schleswig-holsteinschen Angelegenheit an den Bund, die Einberufung der holsteinschen Stände zum 11. Juni und die einer Weigerung gleichkommenden Vorbehalte gegenüber der Aufforderung zur Besendung des Congresses.

Das Scheitern des Congresses hat die neutralen Großmächte tief verstimmt; das Hereinziehen des Bundes in die schleswig-holsteinsche Sache mit dem nicht mehr versteckten Hintergedanken, den Bund zum Executionskrieg gegen Preußen fortzureißen, hat die Mittelstaaten bedenklich gemacht, die Einberufung der holsteinischen Stände ohne vorherige Verständigung mit Preußen, giebt Preußen das Recht einen Friedensbruch zu constatiren und von einem casus belli Gebrauch zu machen. Man hat in Wien wie 1859 in hochfahrendem Vorgehen die Ruhe verloren, möge der gute Genius Preußens walten, daß man dort jetzt nichts versehe, was die günstig werdende Lage alterire. Narcom

Als Oestreich die Bundesstaaten fast wie Vasallen für sein Interesse in Anspruch nahm, überschätzte es die Abneigung gegen Preußen und die gute Stimmung der Regierungen für sich selbst. Es stand zu hoffen, daß mehr den Mittelstaaten in der letzten Stunde deutlich werden würde, daß sie jetzt ganz ohne Noth ihre Existenz für Oestreich auf das Spiel setzen und durch ihre Theilnahme an einem Kriege, dessen Localisirung im allgemeinem Vortheil liegt, nur Unglück über ihre Völker und das gemeinsame Vaterland heraufzuführen, und zwar in einem Kriege, bei dem sie selbst nichts gewinnen können.

Es freut uns, daß diese Auffassung zuerst bei der Majestät Sachsens die herrschende geworden ist, und daß ein stilles Vertrauen, welches d. Bl. auf Urtheil und Herz des erlauchten Herrn festhielt, gerechtfertigt ist. Noch sind die näheren Umstände, welche diese günstige Entscheidung begleiteten, Geheimniß, aber es sind nicht allein die Erklärungen der sächsischen Regierung vor ihren

Ständen, auch andere frohe Zeichen, welche erkennen lassen, daß in den letzten Tagen eine Annäherung zwischen Sachsen und Preußen stattgefunden hat. Die Besorgnisse, welche die sächsische Regierung gegen Rüstungen hatte, sind beseitigt, eine loyale Neutralität Sachsens erscheint für Preußen gesichert, dem sächsischen Volk ist die Aussicht eröffnet, daß die Fluren des schönen Landes nicht zu Schlachtfeldern zweier großer Heere werden, und für Preußen ist eine strategische Gefahr beseitigt und eine größere Concentration seiner Truppen möglich geworden.

Damit nicht genug, das Beispiel Sachsens wird voraussichtlich auf Bayern, dann auf andere deutsche Staaten seine Nachwirkung üben. Man darf jetzt bereits hoffen, daß der schleswig-holsteinsche Antrag Oesterreichs beim Bunde in irgendeiner ehrwürdigen Form gebeugt und zu der gebührenden Resultatlosigkeit gebracht werden wird. Die Mittelstaaten haben nicht nöthig, ihre frühere Stellung zu dieser Frage zu verleugnen, sie finden in der Weise, wie der Antrag eingeworfen wurde, Veranlassung genug, sich gegen eine gewaltsame Behandlung im österreichischen Sinne aufzulehnen.

Die diplomatischen Mißerfolge, welche sich Oesterreich vorbereitet hat, sind zu gleicher Zeit strategische Verluste, und es ist nicht unmöglich, daß diese Betrachtung der kaiserlichen Regierung den Schlachteneifer dämpft. Es wäre vorzeitig, daran neue Friedenssträume zu knüpfen. Aber wenn jetzt Krieg unvermeidlich geworden, so liegen die Karten so günstig, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist. Unterdeß hat sich die preußische Armee in Schlesien concentrirt, die Stimmung des Heeres ist vortrefflich, ebenso die Haltung der Provinz, welche der härtesten Prüfung ins Auge sieht. Die Zeitungen melden, daß der Kronprinz von Preußen einen Theil des Heeres befehligen wird. Ueber die übrigen Besetzungen der Commandeurstellen enthalten wir uns jedes Urtheils, diese aber wird in Preußen mit wahrer Freude begrüßt werden. Es ist allerdings nicht mehr Aufgabe eines Königs von Preußen, Feldherr seiner Truppen zu sein, sein Amt ist größer, und es ist Unrecht, das Geschick eines Staates auf den sehr seltenen Zufall zu stellen, daß ein Fürst zugleich die Qualitäten eines guten Regenten und die Eigenschaften eines stahlharten Siegers hat. Auch Preußens Könige haben fortan ihren hohen Beruf dadurch zu erweisen, daß sie tüchtige Generale erkennen und an die rechte Stelle setzen. Wie aber diesmal die Dinge lagen, war es doch in der Ordnung, daß der Kronprinz nicht zurückblieb. Der junge Herr bringt reinen Schild und ein in stillen Kämpfen geprüftes Herz in den Krieg, mögen die Erfahrungen und Verdienste, welche er in anspruchsloser Thätigkeit vor zwei Jahren in Schleswig erworben hat, ihm und Preußen zum Heile werden.

Der nächste Zusammenstoß der Gegner droht in den Herzogthümern. Preußen hat in Wien durch eine Depesche vom 3. Juni erklärt, daß der gasteiner Vertrag durch den österreichischen Antrag am Bunde beseitigt und die Lage der Dinge vor Abschluß jenes Vertrages wiederhergestellt sei, Preußen also seine Souveränitätsrechte in Holstein wieder aufnehmen werde und seinen Statthalter demgemäß instruirt habe. Weigert sich Oesterreich, wie zu erwarten, auf diese Forderung einzugehen, so würde es in der Hand Preußens liegen, jeden Tag in Holstein einzurücken. Und der Krieg wäre da, ohne daß mit Sicherheit für die Gelehrten des Bundes zu constatiren ist, wem der Friedensbruch zur Last fällt, ob dem Staat, welcher einseitig die Landesvertretung von Holstein geladen, ob dem Staat, welcher diese Maßregel auf Grund bestehender Verträge verhindert.

Verantwortlicher Redacteur: **Gustav Freytag.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **C. C. Elbert** in Leipzig.